

# Marktwirtschaft.

mit  
Karikaturen-Beilage:  
Jahresrückblick 2011



Berliner „EU-Gipfel“: Alexander Graf Lambsdorff MdEP, Prof. Dr. Michael Eilfort, Staatsminister Brian Hayes TD, EU-Kommissar Olli Rehn, Ph.D., Matthias Petschke, 1. Parl. Geschäftsführer Peter Altmaier MdB, Staatssekretär Jörg Asmussen und Prof. Dr. Henrik Enderlein (v.li.). Auf dem Foto fehlen Axel Schäfer MdB, Manuel Sarrazin MdB und Prof. Dr. Clemens Fuest.

Foto: Kay Herschelmann

- |  |   |
|--|---|
| <p><b>02</b> Neues Stabilitätskriterium:<br/>Staatsschulden ehrlich gerechnet<br/>Editorial von Bernd Raffelhüschen</p> <p><b>03</b> Kronberger Kreis im Umbruch<br/>Verabschiedung von Juergen B. Donges<br/>und Manfred J.M. Neumann</p> <p><b>04</b> Systemstabilität für Finanzmärkte<br/>Kronberger Kreis stellt neue Studie vor</p> <p><b>06</b> Neue Schriftenreihen der Stiftung<br/>Positionspapier zur Schuldenkrise<br/>Arbeitspapier zur Währungspolitik</p> | <p><b>07</b> Tagung zur EU-Schuldenkrise mit Olli Rehn<br/>Der Vizepräsident und EU-Kommissar für Wirtschaft,<br/>Währung und Euro zu Gast in Berlin</p> <p><b>08</b> Europäisches Nachhaltigkeitsranking<br/>Italien hui, Luxemburg pfui</p> <p><b>10</b> GENERATION-D prämiert Ideen für Deutschland<br/>Preisverleihung an Studententeams in Berlin</p> <p><b>12</b> Zu guter Letzt<br/>Zur Person: Mario Monti, Angela Merkel und<br/>Jens Weidmann. Zur Koalition: Die Bundesregierung</p> |
|--|---|

## Neues Stabilitätskriterium: Staatsschulden ehrlich gerechnet

Editorial von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft



Als im Jahre 1713 der deutsche Forstwissenschaftler Hans Carl von Carlowitz das Grundkonzept ökonomischer Nachhaltigkeit definierte, tat er dies aus dem ganz pragmatischen Blickwinkel einer bodenständigen Waldbearbeitung heraus: Entnehme dem Forst in jedem Jahr genau die Menge an Holz, wie sie entsprechend nachwächst und im Ergebnis wird der Wald bleiben, was

er ist, also weder zur Steppe noch zum Urwald verkommen. Mit der Bilanz des ehrbaren Staates wirkt die Stiftung Marktwirtschaft seit nun fünf Jahren auf die Politik ein, diesen doch unmittelbar einsichtigen Leitgedanken auch auf die Staatshaushalte zu übertragen – bisher allerdings nur mit mäßigem Erfolg. Nachhaltige Haushalte sind nämlich solche, die die Staatsschulden stabilisieren und nicht ins Unendliche wachsen lassen, wobei immer wieder betont wurde, wie wichtig es ist, auch die heimlichen Schulden, also die nicht durch Rückstellungen gedeckten Leistungsversprechen, im stetig wachsenden Sozialbereich mit einzubeziehen.

Wie relevant diese Perspektive ist, zeigt sich an den jüngsten Untersuchungen im Hinblick auf die derzeitige „Finanzkrise“, die im Lichte der Nachhaltigkeit gesehen erstens keine ist und zweitens in ihrer Dimension schlicht falsch eingeschätzt wird. Um es gleich auf den Punkt zu bringen: Bei der „Finanzkrise“ handelt es sich tatsächlich um eine Staatsschuldenkrise, die viel mit der Glaubwürdigkeit der finanzpolitisch Verantwortlichen zu tun hat, die überbordenden Schulden auch wirklich bedienen zu wollen. Dass Griechenland dazu nicht mehr fähig ist, hat sich inzwischen herumgesprochen, aber was ist mit den Anderen und wie konnte es denn eigentlich dazu kommen?

Im Falle Griechenlands ist die Antwort schnell gegeben – die Staatsausgaben stiegen unverhältnismäßig und die Einnahmen waren nie auch nur annähernd ausreichend, um sie zu decken. Im Gegensatz dazu betreiben die vergleichsweise solideren Euro-Länder zumindest in der Hochkonjunktur keine ausufernde Defizitfinanzierung, sondern beschränken diese eher auf rezessive Phasen. Hinzu kam, dass Griechenland selbst die geringsten Konsolidierungserfolge nach statistischem Erschwindeln der Maastrichtkriterien schnellstmöglich wieder aufzehrte.

Dabei waren diese Kriterien für die Staatsverschuldung nicht unvernünftig, denn eine auf Dauer tragbare Finanzlage der öffentlichen Hand ist bei Schuldenquoten um die 60 Prozent des BIP schwierig, bei Schuldenquoten von mehr als 80 Prozent des BIP jedoch praktisch ausgeschlossen. Zinslasten schränken dann die zur Verfügung stehenden Haushaltsspielräume so stark ein, dass Schuld nur durch Aufnahme neuer Schuld bedient werden kann und keine Möglichkeit zum Verlassen dieses Teufelskreises mehr besteht. Daher wird der Euro ohne die Rückführung der Schuldenquoten auf unter 60 Prozent des BIP nicht zu halten sein. An dieser Latte muss die Finanzpolitik zukünftig bei jeder Wahl, auf jeder Ebene und in jedem Land gemessen werden. Dass dies nur dann gelingen kann, wenn die Wachstumsrate der Staatsausgaben auf längere Zeit deutlich unter das nationale BIP-Wachstum gedrückt wird, versteht sich von selbst.

Bei der Rückbesinnung auf die Maastrichtkriterien handelt es sich allerdings nur um eine notwendige Bedingung. Hinreichend für die Stabilität des Euroraumes wäre eine Einbeziehung der impliziten Staatsschulden in die Liste der Stabilitätskriterien. Die jüngste Bilanz der ehrbaren Staaten verdeutlicht dies mit teilweise überraschenden Einsichten: Selbst ein vollständig entschuldetes Griechenland weist auch ohne Zinslasten ein so hohes Defizit auf, dass die Schulden sofort wieder exponentiell anwachsen würden. Demgegenüber wäre Italien ohne seine Zinslasten ein Euro-Musterland und würde Haushaltsüberschüsse generieren. Dies hängt unmittelbar damit zusammen, wie die langfristigen – demografisch-determinierten – Ausgabenströme durch entsprechende Einnahmeströme gedeckt sind, mit anderen Worten – wie hoch die heimliche Staatsschuld ist. Deshalb sollte man sich hüten, Steine zu schmeißen, denn man könnte in Anbetracht dieser Zusammenhänge selbst im Glashaus sitzen.

---

### IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft  
 V.i.S.d.P.: Dr. Susanna Hübner  
 Charlottenstr. 60, 10117 Berlin  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de)  
 ISSN: 1612-9725

## Kronberger Kreis im Umbruch

Verabschiedung von Juergen B. Donges und Manfred J.M. Neumann nach 20 Jahren Beiratstätigkeit



Prof. Dr. Juergen B. Donges

Der Generationswechsel im Kronberger Kreis schreitet voran. Die langjährigen Mitglieder Prof. Dr. Juergen B. Donges und Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann wurden in Berlin vom Kronberger Kreis und vom Stiftungsrat feierlich verabschiedet. Der Stiftungsratsvorsitzende Prof. Dr. Theo Siegert würdigte ihre unermüdliche Arbeit im Kronberger Kreis und erinnerte an die Vielzahl von Studien, Argumenten, Gastkommentaren und Tagungen der Stiftung Marktwirtschaft, an denen sie im Laufe der Jahre mitgewirkt und die wirtschaftspolitische Diskussion geprägt haben.

Siegert charakterisierte Prof. Dr. Juergen B. Donges in seiner Laudatio als einen intellektuellen Vordenker, der gerne gegen den Strom schwimmt und Tabus bricht. Der in Sevilla geborene Donges ist in Deutschland und Spanien ein viel gefragter wirtschaftspolitischer Ratgeber. Seine inhaltlichen Schwerpunkte liegen in der Konjunktur- und Wachstumspolitik, der Außenwirtschaft und der europäischen Wirtschaftspolitik. Nach seiner Promotion an der Universität des Saarlandes forschte Donges zwanzig Jahre am Kieler Institut für Weltwirtschaft, bevor er 1989 Professor für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität zu Köln wurde. Die Politikberatung nimmt in seiner Laufbahn eine bedeutende Rolle ein, so war Donges u. a. Vorsitzender der Deregulierungskommission und des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. In den Kronberger Kreis trat er im Juni 1990 ein und hat seitdem an 34 Studien mitgewirkt.

Der in Berlin geborene Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann wurde von einer Wirtschaftszeitschrift einst als „wildester Monetarist Deutschlands“ bezeichnet. Die ausgeprägte Lust am Streitgespräch zeichnet den Doktorvater des neuen Bundesbankpräsidenten Dr. Jens Weidmann bis heute aus. Nach seiner Promotion an der Universität Marburg arbeitete Neumann zunächst bei der Bundesbank, bevor er in die Wissenschaft zurückkehrte und Professor in Berlin wurde. 1981 wechselte Neumann an die



Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann

Universität Bonn. Neben der universitären Forschung engagierte sich der Geldtheoretiker in führenden Positionen u.a. im wissenschaftlichen Beirat des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie, der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften sowie der International Atlantic Economic Society. Von Januar 1992 an hat Neumann im Kronberger Kreis mitgearbeitet und verfasste in dieser Zeit mit seinen Kollegen insgesamt 29 Studien.

Donges und Neumann bedankten sich bei ihren Kollegen im Kreis für die lebhaften und gewinnbringenden Diskussionen und bei der Stiftung Marktwirtschaft für die stete Unterstützung. Prof. Dr. Lars P. Feld, seit Ende 2010 Sprecher des Kronberger Kreises, sprach im Gegenzug den beiden Professoren seinen Dank aus, die über zwanzig Jahre hinweg den Kreis geprägt hätten. Er habe in den Jahren der gemeinsamen Arbeit viel von ihnen gelernt.



Der Kronberger Kreis um die Jahrtausendwende damals mit: Prof. Dr. Martin Hellwig, Prof. Dr. Olaf Sievert, Prof. Dr. Wernhard Möschel, Prof. Dr. Manfred J.M. Neumann, Prof. Dr. Juergen B. Donges und Prof. Dr. Johann Eekhoff (v.li.).

*Der Kronberger Kreis ist der wissenschaftliche Beirat der Stiftung Marktwirtschaft und entwickelt in seinen Veröffentlichungen marktwirtschaftliche Politikempfehlungen für Deutschland und Europa. Er wurde 1982 u.a. auf Initiative von Prof. Dr. Wolfram Engels von renommierten Wirtschafts- und Juraprofessoren gegründet.*

**web** Mehr Informationen über den Kronberger Kreis finden Sie unter: [www.kronberger-kreis.de](http://www.kronberger-kreis.de).

## Kronberger Kreis in den Medien

Auszüge von Presseresonanzen zu unserem Pressegespräch in Frankfurt am Main

### Süddeutsche Zeitung

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG, 01.09.2011

Die fünf Wissenschaftler des Kronberger Kreises, „ein Professorenklub, der die Devise ‚Mehr Mut zum Markt‘ ausgibt“, so Helga Einecke von der Süddeutschen Zeitung, beschäftigt sich mit der Systemstabilität der Finanzmärkte. „Ihre zentrale These lautet: Banken sollten auch staatliche Schuldpapiere mit Eigenkapital unterlegen.“ Vermeintlich sicher geglaubte Staatsanleihen bergen die Gefahr, sich zu hochriskanten Risikopapieren zu entwickeln. Deshalb „könne es nicht sein, Staatspapiere weiterhin als todsichere Papiere zu behandeln. Wir müssen das Bankensystem mit höherem Eigenkapital etwas wetterfester machen“, erläutert Lars P. Feld, Mitglied des Kronberger Kreises. Dem Wissenschaftler sei nach Ansicht Eineckes bewusst, dass die Regierungen „nur wenig Interesse an diesem Plan haben,“ und sie ergänzt: „Der Kronberger Kreis [...] empfiehlt ordnungspolitische Reformkonzepte. Den Staat akzeptiert er allenfalls als Regelssetzer und Schiedsrichter, keinesfalls als Mitspieler oder gar Übervater.“

### Börsen-Zeitung

BÖRSEN-ZEITUNG, 01.09.2011

Der Kronberger Kreis, „ein Zusammenschluss ordnungspolitisch orientierter Ökonomen“, drängt auf die Eigenkapitalunterlegung von Staatsschuldpapieren, schreibt auch Stephan Lorz von der Börsen-Zeitung. Da die Staatsverschuldung einen großen Einfluss auf die Systemstabilität der Finanzmärkte habe, müssten beide Sphären stärker voneinander getrennt werden. Durch eine Verteuerung der Verschuldung käme es zu „anhaltenden Lerneffekten für die Regierung“, so Lars P. Feld, „Kronberger Kreis-Mitglied und jüngster Wirtschaftsweise.“ Der Bonner Ökonom Manfred J.M. Neumann verwies zudem auf das ‚Fairnessargument‘: „Es könne doch nicht sein, dass Staatsschulden besser behandelt würden als private Schulden.“

### Frankfurter Rundschau

FRANKFURTER RUNDSCHAU, 01.09.2011

„Die öffentlichen Hände sollen künftig weniger leicht Geldquellen anzapfen und sich verschulden können.“ Dieser Vorschlag ist Teil einer Studie des Kronberger Kreises, die sich für eine „bessere Regulierung“ ausspricht, so Mario Müller von der Frankfurter Rundschau. Er schreibt weiter: „Dass es den Mitgliedern der Gruppe dabei nicht nur um die Stabilität des Finanzsystems, sondern um eine Art zusätzlicher Schuldenbremse geht, macht deren Sprecher, Professor Lars P. Feld, deutlich.“

### Frankfurter Allgemeine

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG, 01.09.2011

In ihrer neuen Studie zur Systemstabilität für Banken fordern die Wissenschaftler des Kronberger Kreises, „dass Banken auch für Forderungen gegen Staaten Eigenkapital vorweisen müssen“, so Stefan Ruhkamp von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung. Die Staatsfinanzierung, die durch diese Verschärfung teurer werden würde, könne dazu beitragen, „dass die Symbiose zwischen Staat und Banken aufgebrochen wird.“ Dagegen lehnen die liberalen Ökonomen, so Ruhkamp, die Einführung einer Finanztransaktionsteuer sowie einer Bankenabgabe entschieden ab, da diese Instrumente unweigerlich zu einer Verzerrung auf den Finanzmärkten führen würden. „Ein guter Vorschlag sei jedoch der Eigenkapitalzuschlag für systemrelevante Banken“, der auch in Basel III Berücksichtigung findet.

### Handelsblatt

HANDELSBLATT, 01.09.2011

Die Einführung einer Finanztransaktionsteuer lehnt der Kronberger Kreis entschieden ab, da das systemische Risiko dabei nicht verringert würde, schreibt Marietta Kurm-Engels vom Handelsblatt. „Stattdessen kommt es zu einer kaskadenartigen Mehrfachbesteuerung aller Finanztransaktionen und entsprechenden Verzerrungen“, betont der Wirtschaftsweise Feld. „Zudem verringert die Finanzmarkttransaktionssteuer das systemische Risiko nicht.“ Eine deutsche Bankenabgabe würde nach Ansicht der Wissenschaftler darüber hinaus zu Wettbewerbsverzerrungen führen und „indirekt eine Bestandsgarantie“ darstellen. „Sie verteuert nur die Banktätigkeit und führt zu Wettbewerbsnachteilen der heimischen Banken“, zitiert sie Manfred J.M. Neumann.

### DIE WELT

DIE WELT, 01.09.2011

„Der Kronberger Kreis, eine Denkfabrik liberaler deutscher Ökonomen“, so Martin Greive und Jan Hildebrand von der Tageszeitung „Die Welt“, glaubt nicht, dass die bisher beschlossenen Reformen in der Währungsunion ausreichen, um die Schuldenkrise zu lösen: „Das Volumen des Rettungsschirms ist [...] nicht darauf ausgerichtet, Schuldpapiere von Italien und Spanien aufzukaufen“, so der Sprecher des Kronberger Kreises, Lars P. Feld. „Die EZB hat sich selbst in eine Falle hineinmanövriert. Dadurch, dass sie italienische Staatsanleihen aufkauft, lässt der Druck auf das Land nach, nötige Reformen durchzusetzen.“

web

Die Pressemitteilung dazu finden Sie auf unserer Homepage: [www.kronberger-kreis.de](http://www.kronberger-kreis.de).

## Höhere Eigenkapitalvorhaltung geeigneter als Bankenbesteuerung

Kronberger Kreis fordert, auch Staatsschulden mit Eigenkapital zu unterlegen



Vor drei Jahren sorgte die Insolvenz der US-Investmentbank Lehman Brothers für Turbulenzen an den Finanzmärkten und in der Folge für eine weltweite Wirtschaftskrise. Und auch in der Schuldenkrise stellen die Banken mit den sich in ihrem Besitz befindlichen Staatsanleihen einen entscheidenden Akteur dar. Deswegen versuchen Stresstests zu ermitteln, wie widerstandsfähig die Finanzinstitute geworden sind. Doch bei Betrachtung der unruhigen Bewegungen an den internationalen Börsen stellt sich die Frage, ob die Finanzmärkte nach 2008 tatsächlich robuster geworden sind oder ob nicht die Staatsverschuldungskrise längst auf sie übergegriffen hat.

Der Kronberger Kreis überprüft in seiner neuen Studie mit dem Titel „Systemstabilität für die Finanzmärkte“, ob die im Reformpaket Basel III überarbeitete Bankenregulierung ausreicht, um dauerhaft eine internationale Finanzmarktstabilität zu erreichen. Dabei sehen die Professoren Juergen B. Donges, Lars P. Feld, Wernhard Möschel, Manfred J.M. Neumann und Volker Wieland bei Basel III sowie in der herrschenden finanzmarktpolitischen Diskussion noch Korrekturbedarf. Mit seiner neuen Studie legt der Kronberger Kreis deshalb ein marktwirtschaftlich fundiertes Gesamtkonzept zur Finanzmarktregulierung vor.

Im Folgenden die wichtigsten Ergebnisse der 53. Studie des wissenschaftlichen Beirats der Stiftung Marktwirtschaft:

- Vermeintlich sicher geglaubte Staatsanleihen können sich zu Hochrisikopapieren entwickeln, wie die europäische Schuldenkrise gezeigt hat. Deshalb fordern die Wissenschaftler die Bundesregierung auf, bei der Umsetzung der Regulierungsreform Basel III dafür zu sorgen, dass die Banken künftig auch *staatliche Schuldbriefe mit Eigenkapital unterlegen* müssen.

- Die Einführung einer *Finanztransaktionsteuer* lehnt der Kronberger Kreis entschieden ab, da diese nicht nur die Gewinne aus hochfrequenter Finanzspekulation verringert, sondern sämtliche Finanztransaktionen belastet. Wie bei einer Bruttoumsatzsteuer würde eine verzerrende Mehrfachbesteuerung erfolgen.

- Durch die deutsche *Bankenabgabe* drohen Wettbewerbsverzerrungen, weil systemrelevante Banken durch den mit Hilfe einer Bankenabgabe neu eingeführten Restrukturierungsfonds indirekt eine Bestandsgarantie erhalten.

- Die *Einführung eines Eigenkapitalzuschlags für Systemrelevanz*, wie bei Basel III vorgeschlagen, begrüßen die Professoren hingegen, da er das durch die Systemrelevanz hervorgerufene Bankrisiko zusätzlich mit Finanzkraft unterlegt.

- Den vom Baseler Ausschuss angedachten antizyklischen Kapitalpuffer lehnt der Kronberger Kreis gänzlich ab und spricht sich dagegen *für einen höheren bankindividuellen Kapitalerhaltungspuffer* aus, als er bei Basel III vorgesehen ist (fünf statt zweieinhalb Prozent).

- Die *Bankenaufsicht* müsse darüber hinaus verstärkt eine makroökonomische Expertise beinhalten, wozu auch *Stresstests auf nationaler und internationaler Ebene* gehören. Diese werden allerdings erst dann aussagefähig, wenn sie die Gefahr von Länderumschuldungen adäquat berücksichtigen.

Prof. Dr. Lars P. Feld, der Sprecher des Kronberger Kreises, fasst die Ergebnisse der Studie so zusammen: „Um Finanzkrisen in der Zukunft vorzubeugen, sind anspruchsvollere Eigenkapitalanforderungen besser geeignet als eine zusätzliche Besteuerung des Bankensektors.“

web

Die neue Studie des Kronberger Kreises finden Sie auf unserer Homepage: [www.kronberger-kreis.de](http://www.kronberger-kreis.de).

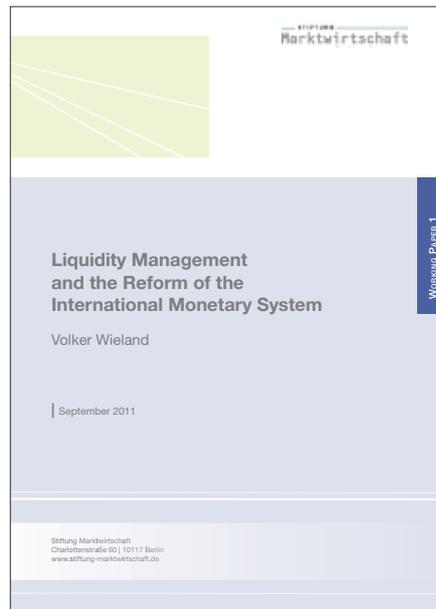
## Neue Schriftenreihen der Stiftung mit Positionen und Hintergründen

### Positionspapier zur Schuldenkrise und Arbeitspapier zur Zins- und Währungspolitik

#### NEU: Die Reihe <<Positionspapiere>>

In der neuen Reihe Positionspapiere bringt die Stiftung Marktwirtschaft ihre Position zu wirtschaftspolitisch relevanten Themen auf den Punkt. Den Auftakt machte im September ein Papier zum Thema *Mindestlohn*. Der zweite Beitrag der Reihe befasst sich mit der *Schuldenproblematik der EU-Mitgliedstaaten*. Der Sprecher des Kronberger Kreises, Prof. Dr. Lars P. Feld, und Stiftungsvorstand Prof. Dr. Michael Eilfort kommentieren in diesem Format gemeinsam den bisher wenig überzeugenden Umgang einzelner EU-Mitgliedsländer mit der überbordenden Schuldenlast und plädieren für einen ordnungspolitisch durchdachten Mittelweg.

Während kurzfristig die Lösung für die griechische Schuldenmisere in einer Umschuldung liegt, müssen langfristig die ordnungspolitischen Konstruktionsfehler der Europäischen Währungsunion angefasst werden: Neben der Einführung einer Insolvenzordnung sollte der Stabilitäts- und Wachstumspakt weiter verschärft werden. „Treu und Glauben sind schön, Sicherheiten und (Sanktions-)Automatismen sind besser,“ sagen die Autoren.



#### NEU: Die Reihe <<Arbeitspapiere>>

In der neuen Reihe der Arbeitspapiere werden konkrete volkswirtschaftliche Fragestellungen kompakt aufgearbeitet und der Öffentlichkeit vorgestellt. Der erste Beitrag kommt von Prof. Volker Wieland, Ph.D., vom Kronberger Kreis, dessen Forschungsschwerpunkte auf den Gebieten der Geldpolitik und der Finanzmarktanalyse liegen. Wieland analysiert in dieser neuen Reihe der Stiftung Marktwirtschaft auf wenigen Seiten den Reformbedarf bei der Zins- und Währungspolitik und macht in seinem Beitrag Vorschläge für eine zielorientierte Korrektur.

Die Frage, ob zu viel oder zu wenig Liquidität existiert, ist spätestens seit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise nicht mehr nur rein theoretisch zu stellen, sondern erfordert eine Antwort. Nach den unmittelbaren Erfahrungen der zurückliegenden Jahre ist die Politik aufgerufen, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um künftig solche Krisen zu vermeiden, indem z.B. effektive Präventionsmaßnahmen zur Kontrolle möglicher Liquiditätsüberschüsse ergriffen werden, so Wieland. Gleichzeitig ist die Kooperation zwischen Zentralbanken und Aufsichtsbehörden wie dem Internationalen Währungsfonds zu verbessern.

web

Das neue Positionspapier und alle Veröffentlichungen in dieser Reihe finden Sie auf unserer Homepage in der Rubrik Publikationen.

Ein Kommentar von Prof. Dr. Lars P. Feld und Prof. Dr. Michael Eilfort

In der öffentlichen Diskussion kann man den Eindruck gewinnen, als gebe es nur zwei mögliche Wege aus der Schuldenkrise: erstens einen Rückfall in die kriegerische Zeit vor Montan-Union, ES und EU (schlechter der Euro, schlechter Europa); weshalb natürlich „koste es, was es wolle“ die stete Vergrößerung der Rettungsschirme „alternativlos“ sei) und zweitens den europäischen Superstaat mit erweiterten Kompetenzen, Eurobonds und Wirtschaftsregierung.

Diese Schwarz-Weiß-Betrachtung ist wohl etwas veraltet! Um die Vorteile der europäischen Währungsunion zu bewahren, plädieren wir im Folgenden für einen ordnungspolitisch durchdachten „Mittelweg“ zwischen diesen beiden Extremen.

**Ausgangslage in ausgewählten EU-Ländern: Schätzungen für 2011**

	Wachstum des BIP (in %)	Offizielle Schuldenstands- quote (in % des BIP)	Gesamtstaat- licher Nis- saltsaldo (in % des BIP)	Zinszahlungen (in % des BIP)
ESP	0,8	67,4	-4,1	1,7
FRA	1,7	86,8	-5,9	2,5
GER	2,7	82,8	-1,7	2,1
GRE	-0,0	165,6	-8,8	6,7
IRL	0,4	109,3	-10,3	3,5
ITA	0,6	121,1	-4,0	4,5
POR	-2,2	106,0	-5,9	4,0

IMF Fiscal Monitor, IMF World Economic Outlook, September 2011.

www.stiftung-marktwirtschaft.de

Ansprechpartner:  
Dr. Verena Merlino  
Stiftung Marktwirtschaft  
Charlottenstraße 60  
10117 Berlin  
info@stiftung-  
marktwirtschaft.de

Das Arbeitspapier können Sie, wie auch das Positionspapier auf unserer Homepage unentgeltlich herunterladen:  
[www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de).

web

## Tagung zur EU-Schuldenkrise mit Olli Rehn

Der Vizepräsident und Kommissar für Wirtschaft, Währung und Euro zu Gast in Berlin



Der finnische Vizepräsident der EU-Kommission sprach zu über 450 Interessierten im Deutschen Bundestag in Berlin.

Die EU-Schuldenkrise ist das bestimmende Thema der letzten Monate und wirft immer wieder bestehende Zeitpläne durcheinander. So kam es, dass die Kooperationsveranstaltung der Stiftung Marktwirtschaft und der Vertretung der Europäischen Kommission in Deutschland am 27. Oktober unmittelbar am Nachmittag, wenige Stunden nach dem EU-Sondergipfel stattfand. Einige Referenten waren in der Nacht zuvor bis vier Uhr morgens an den Verhandlungen in Brüssel maßgeblich beteiligt gewesen. Etwas übernachtigt, aber sichtlich zufrieden präsentierte Olli Rehn, Ph.D., Vizepräsident und Mitglied der Europäischen Kommission für Wirtschaft, Währung und Euro, und Jörg Asmussen, Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen, die Ergebnisse des Gipfeltreffens.

EU-Kommissar Rehn stellte klar, dass der wichtigste Grundsatz der europäischen Regierungsführung die Stabilitätskultur sein muss. Eine Einführung von Euro-Bonds müsste mit einer substantiell verbesserten fiskalischen Überwachung und Politikkoordinierung verbunden sein, um Moral Hazard zu vermeiden und nachhaltige öffentliche Finanzen zu gewährleisten. Die jetzt zu treffenden Entscheidungen seien ausschlaggebend für die Zukunft Europas: "Either we can give in to populist voices and risk losing all we have achieved in fighting the crisis – and much of the achievements of European integration. Or we can choose to work together and take responsible decisions to conquer the financial turmoil, reinforce our economic governance, and turn the slowdown into a lasting recovery."

Staatssekretär Asmussen, zukünftiges EZB-Direktoriumsmitglied, erläuterte den 450 Teilnehmern der Tagung, dass die derzeitige Krise keine Krise des Euro, sondern vielmehr eine Staatsschuldenkrise einiger Euroländer sei: „Damit das auch in Zukunft so bleibt, müssen wir jedoch handeln und das Re-

gelwerk der Wirtschafts- und Währungsunion verbessern.“ Mittelfristig führe der Weg hin zu einer fiskalischen und politischen Integration inklusive der notwendigen Vertragsänderungen. Der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Peter Altmaier MdB, betonte, dass es europäische Solidarität nur geben könne, wenn jeder der eigenen Stabilitätsverantwortung gerecht werde.

Prof. Dr. Clemens Fuest vom Oxford University Centre for Business Taxation, früher Mitglied im Kronberger Kreis, befürwortete eine Stabilitätsunion mit einem deutlich robusteren europäischen Finanzsektor, mit höheren Kernkapitalquoten und einer europäischen Aufsicht. Prof. Dr. Henrik Enderlein von der Hertie School of Governance plädierte dagegen für die Vollendung der Währungsunion mit einer gemeinsamen Fiskalunion. Der Staatsminister im irischen Finanzministerium, Brian Hayes, berichtete über den wirtschaftlichen Aufschwung seines Landes und verbreitete Optimismus, was die Überwindung der Krise angeht – in Irland und im restlichen Europa.

Die abschließende Diskussionsrunde wurde von Sven Böll, Ressortleiter für Wirtschaft bei Spiegel online, moderiert. An ihr nahmen Axel Schäfer MdB, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, Alexander Graf Lambsdorff MdB, Erster stellvertretender Vorsitzender der Fraktion der Allianz der Liberalen und Demokraten für Europa (ALDE) und Manuel Sarrazin MdB, Europapolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen, teil.

web

Den Tagungsbericht zu der Veranstaltung finden Sie auf unserer Homepage: [www.stiftung-marktwirtschaft.de](http://www.stiftung-marktwirtschaft.de).

## Ehrbare Staaten? Aktueller Nachhaltigkeitsvergleich der Euro-Gründungsstaaten

Neue Studie im Rahmen eines Pressegesprächs mit Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen in Berlin vorgestellt

Zehn Jahre nach Einführung des Euro hält die europäische Staatsschuldenkrise Banken und Finanzmärkte in Atem. Noch ringt die Politik immer wieder aufs Neue um kurzfristige Lösungen, mit denen die Krise eingedämmt und das Vertrauen in die Zahlungsfähigkeit der Euro-Staaten wieder hergestellt werden soll. Scheitern diese Bemühungen, befürchten viele Experten nicht nur ein Auseinanderbrechen der Währungsunion, sondern – damit verbunden – auch unkalkulierbare Folgekosten und Rezessionsgefahren.

Doch wie sieht die Lage der Staatsfinanzen in den Euro-Ländern tatsächlich aus? Welche Anstrengungen müssen die einzelnen Länder unternehmen, um ihre öffentlichen Haushalte langfristig wieder in den Griff zu bekommen? Diesen Fragen geht die Stiftung Marktwirtschaft gemeinsam mit dem Forschungszentrum Generationenverträge der Universität Freiburg in einer neuen Studie nach, die Anfang Dezember im Rahmen eines Pressegesprächs in Berlin vorgestellt wurde. Ihr Titel lautet: „Ehrbare Staaten? Tatsächliche Staatsverschuldung in Europa im Vergleich“. Anders als in den gegenwärtigen Diskussionen vorherrschend, berücksichtigt diese von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft, und Diplom-Volkswirt Stefan Moog (Forschungszentrum Generationenverträge) erarbeitete Studie nicht nur die gegenwärtigen Haushaltsdefizite der 12 Euro-Gründungsstaaten und ihre in der Vergangenheit sukzessive angesammelten Schuldenberge, sondern auch die heute schon absehbaren, aber erst in zukünftigen Jahren offiziell anfallenden Schulden (implizite Schulden).

**Demografie und Leistungszusagen für die Zukunft müssen mitberücksichtigt werden**

Alle Staaten gehen jedes Jahr neben ihren laufenden Ausgaben rechtswirksame Verpflichtungen für die Zukunft ein – etwa in Form von Renten- und Pensionszusagen oder im Rahmen der Kranken- und Pflegeversicherung. Allerdings werden für diese Zusagen in der Regel keine Rückstellungen gebildet. Dabei ist die Hoffnung, dass die Einnahmeentwicklung in der Zukunft mit diesen Ausgaben Schritt halten kann,

Abbildung 1: Internationales Nachhaltigkeitsranking

	in Prozent des BIP	Explizite Staatsschuld +	Implizite Staatsschuld =	Nachhaltigkeitslücke	Konsolidierungsbedarf
1	Italien	118,4	27,6	146,0	2,4
2	Deutschland	83,2	109,4	192,6	4,0
3	Finnland	48,3	146,9	195,2	2,7
4	Österreich	71,8	225,9	297,7	4,8
5	Frankreich	82,3	255,2	337,5	4,3
6	Portugal	93,3	265,5	358,8	6,5
7	Belgien	96,2	329,8	456,0	5,3
8	Niederlande	62,9	431,8	494,6	8,1
9	Spanien	61,0	487,5	548,5	7,0
10	Griechenland	144,9	872,0	1.016,9	17,6
11	Luxemburg	19,1	1.096,5	1.115,6	12,0
12	Irland	92,5	1.404,7	1.497,2	10,4

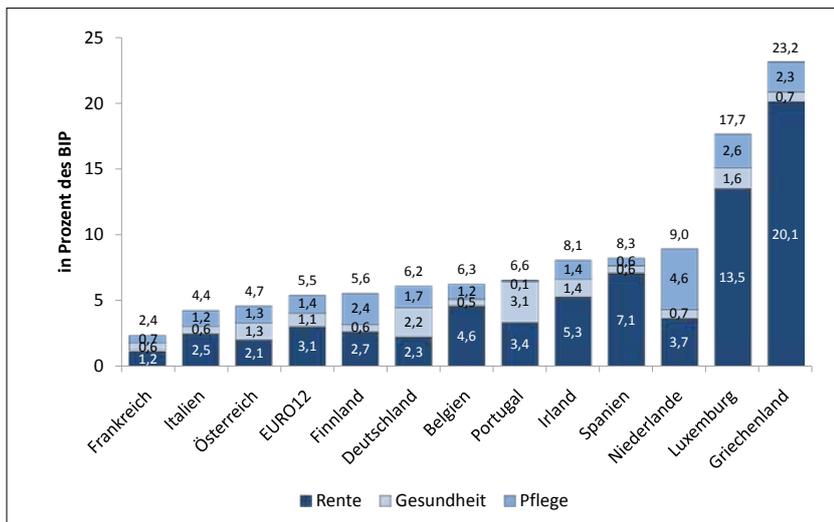
Quellen: Europäische Kommission, AMECO Database, Eurostat, eigene Berechnungen. Basisjahr 2010

so dass ihre Finanzierung gesichert wäre, schon aufgrund der in allen europäischen Staaten stattfindenden Bevölkerungsalterung höchst unrealistisch: Während große staatliche Ausgabenposten mit altersabhängigen Leistungen in den kommenden Jahrzehnten erheblich anwachsen werden, sinkt in den meisten Ländern der Anteil der Menschen im erwerbsfähigen Alter, die den Großteil der Sozialversicherungsbeiträge wie auch der Lohnsteuer entrichten. Ein realistischer Blick auf die tatsächliche Staatsverschuldung erfordert daher, dass zu den sichtbaren expliziten Schulden der Vergangenheit und Gegenwart auch die impliziten Schulden der Zukunft hinzuaddiert werden und man die gesamte Nachhaltigkeitslücke in den Blick nimmt.

**Die Ergebnisse des Nachhaltigkeitsrankings – Überraschungssieger Italien**

Unsere Berechnungen zeigen, dass in allen zwölf betrachteten Euro-Gründungsstaaten erhebliche fiskalische Nachhaltigkeitslücken bestehen (vgl. Abb.1). Diese reichen von 146 Prozent des BIP für Italien bis zu fast 1.500 Prozent des BIP im Fall von Irland. Für Deutschland ergibt sich im Rahmen dieses internationalen Vergleichs, der auf Ausgangsdaten der Europäischen Kommission basiert, eine Nachhaltigkeitslücke von 193 Prozent des BIP. Umgerechnet in Euro entspricht das fast 5 Billionen Euro. Um diese Nachhaltigkeitslücke zu schließen, benötigt Deutschland dauerhaft einen um 4 Prozent des BIP bzw. um

Abbildung 2: Implizite Kostentreiber: Zunahme der altersunabhängigen Ausgaben für Rente, Gesundheit und Pflege 2010-2060



Quelle: Europäische Kommission, eigene Berechnungen.

Ein Kernergebnis der Analyse ist, dass alle betrachteten Länder ihre fiskalpolitischen Hausaufgaben noch nicht gemacht haben. Auch die vermeintlichen Musterschüler müssen erhebliche Konsolidierungsbemühungen unternehmen und entweder ihre zukünftigen Staatsausgaben deutlich reduzieren oder ihre zukünftigen Staatseinnahmen erhöhen, um eine langfristig nachhaltige Politik zu betreiben. Da offensichtlich ist, dass die Maastrichtkriterien bisher nicht für die erforderliche Konsolidierung der europäischen Staatsfinanzen sorgen konnten, plädiert die Stiftung Marktwirtschaft neben einer erhöhten Verbindlichkeit bei ihrer Anwendung vor allem auch für die Aufnahme der impliziten Staatsschulden in die Liste der Stabilitätskriterien.

99 Mrd. Euro verbesserten gesamtstaatlichen Haushaltssaldo. D.h. Jahr für Jahr müssen 99 Mrd. Euro weniger ausgegeben oder mehr eingenommen werden, um die expliziten Schulden auf dem heutigen Niveau zu stabilisieren, deren Zinslasten tragen und die Haushalte demografiefest machen zu können.

Auf den ersten Blick überraschend ist das gute Abschneiden Italiens. Zwar weist Italien die zweithöchste explizite Schuldenquote auf, was es derzeit zu einem der Sorgenkinder im Euroraum macht. Jedoch halten sich seine impliziten Schulden in engen Grenzen. Das liegt zum einen daran, dass in Italien nur ein geringer Anstieg der altersabhängigen Ausgaben (für Renten, Gesundheit und Pflege) zu erwarten ist (vgl. Abb. 2). Zum anderen leidet Italien derzeit zwar unter einer hohen Zinslast für seinen expliziten Schuldenberg, weist aber den höchsten strukturellen Primärüberschuss aller betrachteten Länder auf, was sich positiv auf seine Nachhaltigkeit auswirkt.

Umgekehrt schneidet das „Euro-Musterland“ Luxemburg im Nachhaltigkeitsranking sehr viel schlechter ab, als es seine aktuelle Haushaltssituation vermuten lässt. Ursache ist vor allem die noch nicht angegangene Reform seiner Alterssicherungssysteme. Hier muss Luxemburg, wie auch Griechenland, Spanien, Irland und Belgien, noch beträchtliche Fortschritte erzielen, um die Kosten der Alterssicherung in den nächsten Jahrzehnten nicht ausufern zu lassen.



Stefan Moog und Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen (v.li.)



Die Studie erscheint in Kürze in der Reihe Argumente Nr. 115 auf: [www.ehrbarer-staat.de](http://www.ehrbarer-staat.de).

## GENERATION-D sucht Ideen für Deutschland

Ideenwettbewerb inspiriert Studenten jedes Jahr zu originellen Einsendungen

GENERATION-D ist Deutschlands größter Ideenwettbewerb für Studierende aller Fachrichtungen. Die Stiftung Marktwirtschaft organisiert den Wettbewerb in enger Zusammenarbeit mit ihren Projektpartnern Süddeutsche Zeitung sowie der Allianz SE und der Bayerischen EliteAkademie, mit denen die Initiative GENERATION-D ins Leben gerufen wurde. Mit diesem Wettbewerb suchen wir im kommenden Jahr bereits zum fünften Mal kreative, innovative und nachhaltige Ideen für realisierbare Projekte und Initiativen in Deutschland, durch die eine gesellschaftlich relevante Fragestellung beispielhaft gelöst wird.

GENERATION-D wurde 2008 initiiert und wird seitdem jährlich neu ausgeschrieben. In diesem Jahr haben wir knapp 100 Einsendungen von über 350 Studierenden mit originellen und zukunftssträchtigen Konzepten gezählt. Darunter sind Teams aus knapp 80 Hochschulen und Universitäten und über 115 unterschiedlichen Studienfächern vertreten.



**GENERATION-D**  
IDEEEN FÜR DEUTSCHLAND. GEMEINSAM ANPACKEN.



*Ideen ohne Grenzen – der Wettbewerb*

Der Wettbewerb wendet sich an Studierende aller Fachrichtungen,

- die sich kreativ und unvoreingenommen mit den aktuellen Herausforderungen in Deutschland auseinandersetzen,
- die gemeinsam mit umsetzungsfähigen, nachhaltigen Ideen die Zukunft aktiv gestalten möchten,
- die durch ihr Engagement den notwendigen Wandel in Deutschland vorantreiben.

Die zehn Finalisten von 2011 haben im November ihre besten Ideen in Berlin vorgestellt, wo die Gewinner der drei Wettbewerbskategorien (siehe Seite 11) bei der Preisverleihung ein Preisgeld in Höhe von jeweils 5.000 Euro erhalten haben. Darüber hinaus ist die Stiftung Marktwirtschaft wie in jedem Jahr gemeinsam mit ihren Projektpartnern bei der Umsetzung der prämierten Konzepte behilflich – sei es im Hinblick auf immaterielle Unterstützung durch die Betreuung mit professionellen Mentoren, einem individuellen Coaching durch die internationale Unternehmensberatung A.T. Kearney oder bei der Suche nach geeigneten Sponsoren aus der Wirtschaft für das Startkapital.

Auf dem Führungstreffen der Wirtschaft erfolgte im November im Berliner Adlon-Hotel vor einem hochkarätigen Publikum die Auszeichnung der drei Siegerteams. Die Laudatio hielt die Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Dr. Margret Wintermantel.

## GENERATION-D zeichnet drei innovative Konzepte aus

Preisverleihung an studentische Siegerteams in Berlin



Die Preisträger der drei Wettbewerbskategorien sind:

IN DER KATEGORIE ARBEIT, WIRTSCHAFT & UMWELT hat die Verbraucherplattform ConsumerPool gewonnen. Unter dem Motto „Gemeinsam besser kaufen“ ermöglicht das Team aus Freiburg, München und Passau interessierten Konsumenten, sich kostengünstig an der Energiewende zu beteiligen: Durch den gemeinsamen Einkauf von Strom und Gas werden Mengenrabatte erzielt, die an jeden Kunden individuell weitergegeben werden. Durch die Prüfung der Verträge wird der Stromanbieterwechsel darüber hinaus erleichtert.



[www.consumerpool.de](http://www.consumerpool.de)

IN DER KATEGORIE BILDUNG & KULTUR

lag das Konzept von Reise-Hörspielen für Kinder unter dem Projektnamen „Klangumfang“ vorn. Entworfen von zwei Studierenden aus Leipzig eröffnet es Kindern über auditive Medien, einen altersgerechten Zugang zu Kultur und Geschichte einer Stadt bzw. eines Urlaubsortes zu finden. Die kulturellen Schauplätze einer Stadt werden so zu Handlungsschauplätzen eines Detektiv-

hörspiels. Auf diese Weise können Eltern bei quengeln- den Kindern lange Auto- oder Bahnfahrten verkürzen und die Kleinen mit Spaß und Spannung an den kulturellen und historischen Besonderheiten Deutschlands begeistern.



[www.klangumfang.de](http://www.klangumfang.de)

IN DER KATEGORIE SOZIALE GESELLSCHAFT siegt das dreiköpfige Studententeam von „Was hab ich?“ aus Trier und Dresden. Die angehenden Ärzte übersetzen Mediziner-Latein in Patienten-Deutsch. Hier können sich Patienten bei einer bisher einmaligen Anlaufstelle im Internet ihre anonymisierten Befunde kostenlos von Medizinstudenten in eine leicht verständliche Sprache übersetzen lassen. Die Patienten können sich dadurch ein klares Bild von ihrer Erkrankung machen und im Therapieverlauf als souveräner Gesprächspartner auftreten. Ziel ist es, die Kommunikation zwischen Arzt und Patient zu verbessern.



Was hab' ich? | [washabich.de](http://washabich.de)

[www.washabich.de](http://www.washabich.de)

Super Mario  
Mario Monti



Italien kommt: Mit Mario Monti hat das Land wieder einen soliden Regierungschef und Italien die Anerkennung bei seinen Nachbarn und hoffentlich auch bald wieder bei den Investoren, die es auf bedauerliche – wenn auch unterhaltsame – Weise in den vergangenen Jahren hat entbehren müssen. Vor zehn Jahren wurde Monti von der Stiftung Marktwirtschaft mit dem Wolfram-Engels-Preis ausgezeichnet. Sein Engagement galt bereits damals, als Wettbewerbskommissar, der europäischen Integration, insbesondere aber dem Schutz des Wettbewerbs auf dem Binnenmarkt sowohl vor staatlichen Interventionen als auch vor Subventionen. Italien schneidet beim Nachhaltigkeitsranking der Stiftung Marktwirtschaft aktuell am besten ab. Dass es diese Chance nutzt, ist ihm zu wünschen: Congratulazioni Presidente!

Gipfelstürmerin  
Angela Merkel



© CDU/Laurence Chaperon

Noch sind es Absichtserklärungen ohne Verbindlichkeit, noch ist es nur eine Atempause, noch müssen viele EU-Mitglieder auch atmosphärisch wiedergewonnen werden. Aber seit dem letzten Brüsseler Gipfel stimmen die Absichten – und sind richtige Einsichten erfolgt. Ja zu weitergehender Integration, ja zu Schuldenbremsen, nein zu Eurobonds, solange sie nur nationalen Leichtsinns verlängern und solide Staaten bestrafen. Nein zu (noch mehr) Gelddrucken durch die EZB. Dazu endlich Automatismen nach Regelverstößen, damit nicht mehr Sünder über Sünder befinden. Angela Merkel hat mit Geduld, Geschick, Zähigkeit und am Ende auch mit Nicolas Sarkozy fast alle EU-Länder überzeugt und Gutes erreicht. Ohne ihr Zögern im Frühjahr 2010 wäre in Griechenland überhaupt nichts passiert, ohne ihre klare Haltung jetzt der teure Aktionismus mit dem Blick nur für die jeweils nächsten fünf Minuten weitergegangen. Auf neudeutsch: Eine echte „High Performance“!

Good Bank  
Jens  
Weidmann



© Deutsche Bundesbank

Dem neuen Präsidenten Jens Weidmann ist es zu verdanken, dass die Deutsche Bundesbank weiter für Währungsstabilität steht und im Rat der Europäischen Zentralbank eine Stimme ordnungspolitischer Vernunft zu hören ist. Auch gegen das französische Ansinnen, den Euro-Rettungsschirm EFSF mit einer Banklizenz (und das bedeutet unbegrenzten Mitteln!) auszustatten, hat er sich wehren können. Der Start an der Spitze dieser alt-ehrwürdigen Einrichtung ist damit unter widrigen Umständen erfolgt und vielleicht ein einsamer, dafür aber ein guter gewesen. Wie heißt es doch: Viele Vögel fliegen in Schwärmen, Adler kreisen allein.

Schlecht aufgestellt



Die  
Bundesregierung

In Europa agiert die Bundesregierung, in Deutschland passiert nichts – zumindest steuerpolitisch scheint die Wahlperiode vergiftet (Hotelmehrwertsteuer) und verloren. Beim Bundeshaushalt 2012 jedenfalls ruht sich die europaweit das Sparen predigende Regierung auf Mehreinnahmen aus, beim vom Koalitionsvertrag zu Recht unterstrichenen Thema „Steuervereinfachung“ herrscht Stillstand. Selbstaufgabe bei der Gewerbesteuer, Kapitulation bei der Mehrwertsteuer, weiße Salbe und gravierende Fehlentscheidungen bei der Einkommensteuer, wo der Grundfreibetrag weiter angehoben und damit die Einkommensbesteuerung auf immer weniger Bürger konzentriert wird – mit noch frustrierenderen Ergebnissen in der Mitte. Nur der Blick auf die Opposition erüchtert noch mehr: Nicht einmal ein verbales Bekenntnis zu Strukturverbesserungen, stattdessen Erhöhungorgien und neue Bürokratiemonster mit grandiosen Gestaltungsanreizen (Vermögenssteuer). Arme deutsche Steuerzahler.